

den eine starke und gerechte Gewalt den Einzelnen oder den Schwächeren im Volke gewähren kann, wenn ihnen von den Stärkeren Gewalt und Unrecht angethan werden sollte. Es ist daher ein Widerspruch, in der Schwäche des Königthums einen Schutz zu suchen für die bürgerliche Freiheit. Statt eines Schattenkönigs, statt einer Puppe auf dem Throne, wäre es besser, gar keinen König zu haben. Denn die Schwäche ist überall verächtlich, man achtet nur die Ueberlegenheit, darum muß das Königthum durch seine wahrhafte Gewalt geachtet werden können. Diese Gewalt muß gesetzmäßig und durch die Verfassung bestimmt sein, denn wo das Recht des Herrschers jeden Augenblick in Zweifel gestellt werden kann, da ist auch die Existenz desselben schwankend, und seine Wirksamkeit auf Nichts gebracht. Nur Anarchisten wollen gar keine regelmäßige und wirksame Regierung, und eben deshalb geben sie beim Beginne ihres Zerstörungswerkes gewöhnlich vor, daß sie Republikaner seien. Sie lieben aber eine geordnete Republik nicht mehr als jeden andern geordneten Staat, sie suchen allein einen Zustand ewiger Unruhe und Bewegung, um im Trüben ihre Beute zu erhaschen.

Wir bedürfen einer freien Staats- und Gemeindeverfassung, in welcher Jeder politische Rechte hat, der für den Staat Opfer bringt. — Nun opfert aber selbst der ärmste Bürger unter den Waffen sein Blut für das Vaterland, er muß daher politische Rechte haben. Welcher Bürger aber außer dieser allgemeinen Wehrsteuer, aus dem Schweisse seiner Arbeit, oder der Frucht seiner Geschicklichkeit und Geistesanstrengung für das allgemeine Beste noch besondere erhebliche Opfer bringt, der muß auch berechtigt sein, wegen der Verwendung dieser Beisteuern sein besondres Wort im Staate mitzusprechen.

Da aber auch mit den schönsten Staatseinrichtungen gar nichts geholfen wird, wenn der echte tüchtige Geist und der wahre Freisinn unter den Bürgern fehlt, so müssen wir solche Einrichtungen erstreben, durch welche wie wir uns früher ausgedrückt haben, die Armen reicher, die Dummen klüger, die Ungelehrten weiser und selbst der Bettler zum sittlichen Wesen gemacht werden können. Dahin gehört die richtige Vertheilung der Steuern, Sparsamkeit mit den öffentlichen Geldern, Freiheit des Unterrichts, Beförderung der Gewerbe und des Handels, Vereinigungen volkfreundlicher Männer und Frauen zur Hilfe und zur Erleichterung in vorkommenden Unglücksfällen u. s. w.

Vor allen Dingen aber suchen und rufen wir nach gemeinsinnigen, redlichen, opferbereiten Bürgern, nach Männern von echtem politischen Geiste, welcher darin besteht, im Kleinen auch das Große zu erkennen, und auch das Interesse der Kleinen nicht für zu gering zu achten; nach Männern, die alle Annahmen zurückweisen, mögen dieselben von unten oder von oben kommen, und aus Fanatismus oder Eigennutz entspringen; nach Männern, die ungeblendet von Leidenschaft den Worten ihren rechten Sinn bewahren, und die Dinge sehen wie sie in der Wirklichkeit sind, nicht wie sie vom Parteigeiste dargestellt werden.

Erlangen wir aus den bevorstehenden Wahlen, sei es durch Zuthun volkfreundlicher s. g. Demokraten, oder freirechtlicher s. g. Constitutionellen, solche Männer, dann rufen wir Heil unserm Könige, unserm Lande, unserm großen deutschen Vaterlande. Dann wollen wir Feste des Friedens und des Glückes feiern, denn nur dann ist die Freiheit gesichert, während die eigene Maßlosigkeit zum unvermeidlichen Untergange verdammt.

Am t l i c h e s.

Ich habe des jetzt regierenden Kaisers Franz Joseph von Oesterreich Majestät zum Chef des Kaisers Franz Grenadier-Regiment ernannt, dessen bisherige Benennung, der früheren Bestimmung gemäß, unverändert bleibt, und das Regiment anweisen lassen, Sr. Majestät allmonatlich seinen Rapport, so wie die Offizier-Rangliste einzureichen.

Charlottenburg, den 11. Januar 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) von Strotha.

Deutschland.

§ **Paderborn**, 30. Januar. Bei der gestern hier stattgehabten Wahl der Wahlmänner für die 1ste Kammer wurden gewählt:

Herr Kaufmann A h l e m e y e r,
" D. L. G. Rath H e r z b r u c h,
" Deconom S c h m a l e.

Berlin, 27. Januar. Die Ernennung des Oberst-Lieutenants Fischer zum Militär-Gouverneur unseres künftigen Thronerben erregt in den meisten Kreisen große Freude, da derselbe als ein sehr freisinniger Mann von echt constitutioneller Gesinnung allgemein geliebt und geschätzt wird. — Gestern erregte der ehemalige Abgeordnete Verends in einer Urwähler-Versammlung zur ersten

Kammer durch seine Aeußerungen: man brauche keine erste Kammer, die Verfassung vom 5. December sei rundweg zu verwerfen u. s. w. solches Mißvergnügen unter den Anwesenden, daß er selbst seine Entfernung für gerathen hielt. — Herr Geh. Ober-Regierungsrath Mulicke geht nächster Tage nach Münster ab, um die commissarische Verwaltung der Provinz Westfalen zu übernehmen. — Der König hat den jetzt regierenden Kaiser Franz Joseph von Oesterreich zum Chef des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments ernannt.

* **Berlin**, 28. Jan. Der „Staats-Anzeiger“ bestätigt heute die von einigen Blättern voreilig gegebene Nachricht, daß der Justizminister die Entlassung des Ober-Landesgerichts-Directors Temme zu Münster aus seiner Untersuchungshaft verfügt habe. Der Umstand, daß das Ober-Landesgericht zu Paderborn, welches dem Ober-Landesgerichte zu Münster auf ein Verhorreresenz-Gesuch des Temme substituiert worden war, sich nicht für competent erachtet hat, die Sache vor sein Forum zu ziehen, hat den Justizminister bewogen, die sofortige Entlassung des Temme aus der Haft anzuordnen, damit derselbe nicht unter einem Competenz-Conflicte leide, dessen Erledigung noch längere Zeit dauern dürfte.

Cöln, 29. Januar. Die demokratischen Wahlberichte haben arg aufgeschnitten. Die Reclamationen kommen uns jetzt von allen Seiten zu. Aus der Rheinprovinz haben wir schon verschiedene Berichtigungen, namentlich auch in Betreff des Bergischen und des Niederrheins, erhalten. Eben daher empfangen wir mehrere neue berichtigende Zuschriften. Eine aus Trier uns zukommende Correspondenz lassen wir nächstens folgen. Nicht minder reclamirt man aus Westfalen. So schreibt man aus Arnberg: „Die Wahlmänner-Wahlen hier und im ganzen Regierungs-Bezirk sind constitutionell ausgefallen. Die wenigen Ausnahmen, z. B. in Attendorn, Iserlohn, verschwinden gegen das Ganze und können nur die Wirkung haben, daß die Gutgesinnten nicht, wie zuweilen der „faulen Rechten“ in Berlin in guter Absicht vorgeworfen ward, erschaffen. Fast nirgend hat ein Wähler gesehlt! Aus Dortmund insbesondere hatten die Demokraten sich des Sieges gerühmt. Dorthier vernehmen wir nun das Genauere. Es gehören von 35 Wahlmänner circa 16 der demokratischen Partei an, allein welche Färbungen diese „Demokratie“ hat, zeigt am besten die von sämmtlichen Wahlmännern angenommene, von der constitutionell-monarchischen Partei ausgegangene Erklärung, welche, und zwar der letzte Satz ganz einstimmig angenommen ist: „Anerkennung und Festhaltung der Verfassung vom 5. December 1848 und der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 8. April 1848“ (Zusatz der demokratischen Partei) unter Anerkennung der deutschen Reichs-Gesetze als alleinige Grundlage des ferneren Rechtszustandes; Aus- und Durchbildung der gegebenen Verfassung im Wege der Revision durch die verfassungsmäßige Gesetzgebung; ein hierauf sich stützendes freies Volk und ein kräftiges, starkes Königthum.“ An dieser Erklärung ist offenbar nichts „demokratisch“, als der Unsinn, neben der Verfassung vom 5. December zugleich das Wahlgesetz zur Vereinbarungs-Versammlung anerkennen zu wollen.

R. J.

Fulda, 22. Jan. Der Professor Buß aus Freiburg, welcher bekanntlich vom würzburger Bischöfe-Congresse beauftragt ist, unter den vier vorgeschlagenen Städten: Würzburg, Bamberg, Münster und Fulda, die zum künftigen Sitze einer katholisch-theologischen Central-Facultät geeignetste auszuwählen, wird Behufs dessen dieser Tage hier eintreffen. In der jüngsten Stadtraths- und Ausschuss-Sitzung wurde, auf Grund eines von dem Dom-Kapitular Hofmann verlesenen Schreibens des Prof. Buß, beschlossen: die Stadt erbietet sich, falls der Realisirung, das weitläufige ehemalige Dom-Dechanet-Gebäude als künftige Aula zur Disposition zu stellen, während das Dom-Capitel, im Hinblick des hohen Zweckes, die sämmtlichen unteren Räumlichkeiten des ausstehenden bischöflichen Seminarius nebst Gärten unentgeltlich abläßt.

Kass. J.

Weimar, 22. Januar. Mit den Reichstruppen gibt es hier vielfach Händel, namentlich mit den seit Neujahr hier liegenden Reußen. Gestern nun ist es in einem einsam an der Landstraße liegenden Gasthose zwischen diesen und den Civilisten zu einer Schlägerei gekommen, wobei mehrere der letzteren mit den scharfen Säbeln der Soldaten lebensgefährlich verwundet worden sind. Einer der Getroffenen ist bereits gestorben, zwei andere liegen noch lebensgefährlich darnieder. Der Märzverein hat heute eine Deputation an das Ministerium gesandt und über das Benehmen der Reichstruppen Beschwerde führen lassen. Er verlangt, daß jeder Soldat um 9 Uhr in seinem Quartier sein solle; daß er öffentliche Orte nur ohne Waffen betreten dürfe; daß die Stadt gefundenen Verfälle streng untersucht und die Schuldigen zur Bestrafung gezogen werden möchten, und daß die reußischen Truppen binnen drei Tagen aus Weimar entfernt werden.

R. J.

Wien, 23. Jan. Der sächsische Gesandte Baron Könnert und der holländische Gesandte Baron Hekeern sind am kaiserlichen Hoflager angekommen. Fürst Schwarzenberg ist aus Wien nach Olmütz zurück gefehrt. — Nach einer Ministerial-Verordnung werden alle deutsch-katholischen Gemeinden in Oestreich aufgelöst.